



HESSISCHER LANDTAG

14. 12. 2011

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

betreffend europäische Integration fortführen - Wirtschafts- und Währungsunion stärken

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag ist überzeugt, dass es nur durch den europäischen Integrationsprozess gelungen ist, die Blockbildung der Nachkriegszeit zu überwinden, in den allermeisten Ländern Europas stabile Demokratien zu errichten und eine Friedensordnung für den Kontinent zu schaffen. Die Europäische Union sorgt dafür, dass ihre Bürgerinnen und Bürger heute Reise- und Niederlassungsfreiheit in einem Umfang genießen können, der für viele von ihnen noch vor wenigen Jahrzehnten unvorstellbar schien. Ohne den gemeinsamen Markt und die gemeinsame Währung wäre die weitere wirtschaftliche Entwicklung aller EU-Länder, insbesondere aber auch der Exportnation Deutschland nicht vorstellbar. Die aktuelle Krise zeigt, dass die Fortentwicklung der Europäischen Union zwar für Demokratie, Frieden und Wohlstand essenziell, aber keineswegs selbstverständlich ist.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, alle Maßnahmen zu unterstützen, die für die Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion notwendig sind. Europäische Union und Euroraum können nur fortbestehen, wenn die Krisenländer rasch an Wettbewerbsfähigkeit gewinnen. Dazu bleibt die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Europa dringend geboten. Hierzu kann die vereinbarte Einführung einer Schuldenbremse in den nationalen Haushalten ein sinnvolles Instrument sein. Um makroökonomische Ungleichgewichte frühzeitig zu erkennen und abzubauen, braucht Europa eine gemeinsame Wirtschafts- sowie eine abgestimmte Sozialpolitik. Auch die Haushalts- und Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten muss koordiniert; gegen Mitglieder, die Defizit- oder Schuldengrenzen überschreiten, muss effektiv vorgegangen werden. Die weitere europäische Integration kann somit nur gelingen, wenn Souveränitätsrechte von den Mitgliedstaaten an gemeinsame Institutionen abgegeben werden. Je mehr Souveränitätsrechte von gemeinsamen Institutionen wahrgenommen werden, desto dringlicher wird deren demokratische Legitimation auf europäischer Ebene. Deshalb fordert der Landtag die Landesregierung auf, sich für die Stärkung der Rechte des Europaparlaments einzusetzen.
3. Der Landtag bedauert, dass Großbritannien dem Weg der anderen EU-Länder bisher nicht gefolgt ist. Er fordert die Landesregierung auf, Initiativen zu unterstützen, die es Großbritannien ermöglichen, zur gemeinsamen Europapolitik zurückzukehren.
4. Der Landtag begrüßt, dass der Regierungssprecher klargestellt hat, dass die Äußerungen des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Europaministers Jörg-Uwe Hahn (FDP) zur zukünftigen Rolle Großbritanniens in Europa nicht der Meinung der Landesregierung entsprechen.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Einführung europäischer Anleihen (Eurobonds) mit klaren Bedingungen zu unterstützen. Eurobonds müssen an eine koordinierte, glaubwürdige und regelge-

bundene Finanzpolitik aller beteiligten Staaten gekoppelt werden. Dazu gehören Einsparungen, Effizienzsteigerungen und notwendige Einnahmeerhöhungen in den öffentlichen Haushalten. Unter diesen Voraussetzungen werden gemeinsame Anleihen durch ihr größeres Volumen auf den internationalen Kapitalmärkten Wettbewerbsvorteile genießen und damit die Finanzierungskosten langfristig reduzieren.

6. Der Landtag fordert die Landesregierung weiter auf, sich aktiv an der konzeptionellen Neuordnung der Finanzmärkte zu beteiligen, um systemgefährdende Krisen zukünftig zu verhindern. Eine wirksame Finanzmarktregulierung muss durch eine schlagkräftige europäische Finanzaufsicht und eine Finanztransaktionssteuer ergänzt werden. Der Vorschlag des Präsidenten der EU-Kommission, José Manuel Barroso, eine Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene einzuführen, ist zu unterstützen.
7. Der Landtag respektiert die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank, deren Aufgabe in der Bewahrung des Euros und insbesondere in der Sicherung der Geldwertstabilität besteht.

Wiesbaden, 13. Dezember 2011

Der Fraktionsvorsitzende:
Tarek Al-Wazir